



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees / Conférence de presse du comité interpartis

«Höhere Lohnabzüge stoppen – Sichere Arbeitslosenversicherung JA» /
« Éviter une hausse plus forte des cotisations salariales : Oui à une assurance chômage sûre et solidaire »

Montag, 16. August 2010

Lundi 16 août 2010

*Zweisprachiges Dokument
Sperrfrist: 16. August, 14.00 Uhr
Document bilingue
Embargo: 16 août, 14h00*

Mit / Avec la participation de :

Urs Hany, Nationalrat CVP / Conseiller national PDC, 079 431 99 57

Charles Favre, Nationalrat FDP / Conseiller national PLR, 079 621 08 93

Werner Luginbühl, Ständerat BDP / Conseiller aux Etats PBD, 079 481 07 69

Peter Spuhler, Nationalrat SVP / Conseiller national UDC, 079 430 69 68

Verena Diener, Ständerätin glp / Conseillère aux Etats vert'libéraux Tel. 079 331 08 39

Auskünfte / Informations :

Marianne Binder, Kommunikationschefin CVP Schweiz / Resp. de la communication PDC suisse, 079 686 01 31



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Speaking notes von Nationalrat Urs Hany (CVP/ZH)

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees vom 16. August 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Dass die ALV ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialversicherungssystems ist, muss wohl kaum speziell erwähnt werden. Die Beiträge, welche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt werden, sollten die Ausgaben eigentlich decken. Leider ist das seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Per Ende Juni dieses Jahres sind die Schulden auf 7 Milliarden Franken angewachsen.

Die Revision dient nun dazu, die ALV wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Bundesrat und Parlament setzen dabei auf eine ausgewogene Mischung von höheren Einnahmen, knapp 650 Mio und tieferen Ausgaben, gut 620 Mio. So ist es möglich, Defizite künftig zu verhindern und den Schuldenberg abzubauen.

Die höheren Einnahmen ergeben sich aus der Anhebung der Lohnabzüge von 2 auf 2.2 Prozent, welche je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tragen sind. Zum andern wird ein Solidaritätsprozent auf dem Einkommensteil zwischen 126'000 und 315'000 erhoben und das, bis die Schulden abgebaut sind. Gerade dieser Solidaritätsbeitrag der Besserverdienenden ist ein wichtiger Bestandteil, dass höhere Lohnabzüge für die grosse Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verhindert werden kann.

Bei den Ausgabenkürzungen von gut 620 Mio Franken geht es darum, die Bezugsdauer stärker an die Beitragszeit zu koppeln. Ein Jahr Beiträge = ein Jahr versichert, 1 ½ - Jahre Beiträge = 1 ½ -Jahre versichert.



Höhere **Lohnabzüge**
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Da Jugendliche in der Regel schneller wieder eine Arbeitsstelle finden, ist es vertretbar, bei Ihnen die Bezugsdauer auf 9 Monate zu kürzen.

Ein NEIN ändert nichts daran, dass die ALV saniert werden muss. Eine Klausel im heutigen Gesetz zwingt den Bundesrat dann zu handeln, wenn die Schulden einen gewissen Betrag erreicht haben, was heute der Fall ist. Ohne Revision müsste er die Beiträge um 0.5% erhöhen, mehr als doppelt so hoch, wie mit der Revision.

Mit der Revision wird die Solidarität gestärkt: Zum einen über das Solidaritätsprozent, zum anderen mit Sonderbestimmungen für tiefe Einkommen.

Mit der Revision bleibt die ALV eine verlässliche Versicherung und sie bleibt eine wichtige Stütze des Schweizer Sozialversicherungssystems.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Speaking notes von Ständerat Werner Luginbühl (BDP/BE)

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees vom 16. August 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Höhere Lohnabzüge stoppen

Die Finanzierung der ALV beruht seit der letzten Revision auf einer Arbeitslosenquote von 2.5 %. Dies entspricht ca. 100'000 Personen. Diese Annahme hat sich als zu optimistisch erwiesen. Die Arbeitslosenquote liegt seit den 90er Jahren durchschnittlich bei 3.3 %, was rund 130'000 Personen entspricht.

Im Grundsatz muss die ALV so finanziert sein, dass sie in guten Zeiten Überschüsse erwirtschaftet, um die in schlechten Zeiten angehäuften Schulden abzubauen. Dies ist seit 2004 nicht mehr möglich. Innerhalb von nur 6 ½ Jahren wurden 7 Milliarden Schulden angehäuften.

Das geltende Recht verpflichtet den Bundesrat zu handeln, wenn die Schulden der ALV 2.5 % der versicherten Lohnsumme erreichen. Diese Grenze wurde im Frühjahr 2010 überschritten. Der Bundesrat hat deshalb im Juni beschlossen, die Lohnabzüge auf den 1. Januar 2011 vorsorglich von 2 % auf 2.5 % zu erhöhen.

Mit dieser – ich nenne sie „obligatorischen“ – Erhöhung, die 1'310 Mio. CHF ausmacht, würde die Sanierung vollumfänglich auf der Einnahmeseite erfolgen und voll zulasten der Beitragszahler gehen.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Bundesrat und Parlament sind der Meinung, dass das finanzielle Gleichgewicht der ALV wiederhergestellt werden muss, und dass die Finanzierung an die langfristige Arbeitslosenquote anzupassen sei.

Diese Sanierung soll jedoch **nicht einseitig auf der Einnahmeseite** erfolgen, sondern je ungefähr hälftig einnahme- und ausgabeseitig.

Warum das? Es sind vor allem zwei Gründe die zu dieser Haltung führen:

- Erstens schaden immer höhere Lohnnebenkosten der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Schweiz und gefährden somit Arbeitsplätze in unserem Land. Diesem Aspekt ist höchste Beachtung zu schenken. Aktuelle Beispiele in Europa zeigen wohin es führen kann, wenn Sozialwerke nicht in einem vernünftigen Gleichgewicht gehalten werden und versprochene Leistungen nicht sauber finanziert sind.
- Zweitens ist die Mehrbelastung der „obligatorischen“ Erhöhung beträchtlich. Beim mittleren Schweizer Bruttolohn (2008: Fr. 69'876.–) macht sie beispielsweise Fr. 175.– aus. Wenn dies die einzige Erhöhung wäre, welche die Erwerbstätigen zu gewärtigen haben, ginge es ja noch. Das ist aber nicht der Fall. Auf den 1. Januar 2011 steigt auch die Mehrwertsteuer im Rahmen der IV-Sanierung um 0.4 % und die Lohnabzüge bei der Erwerbsersatzordnung steigen von 0.3 % auf 0.5 % (Mutterschaftsversicherung). Zusätzlich droht bei den Krankenkassen ein Prämien Schub von bis zu 10 %.

Damit ist gerade für die mittleren und tiefen Einkommen das Mass des zumutbaren überschritten. Mit einem **JA** zur AVIG-Revision am 26. September 2010 gibt es auch eine Mehrbelastung. Sie wäre jedoch weniger als halb so hoch und würde in unserem Beispiel noch Fr. 70.– ausmachen.

Die vorgeschlagene ALV-Revision sichert eine solide finanzierte ALV, sie ist ausgewogen und verhindert eine allzu starke Erhöhung der Lohnabzüge. Sie verdient deshalb unsere volle Unterstützung.



Höhere **Lohnabzüge**
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Dass die ALV ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialversicherungssystems ist, muss wohl kaum speziell erwähnt werden. Die Beiträge, welche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt werden, sollten die Ausgaben eigentlich decken. Leider ist das seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Per Ende Juni dieses Jahres sind die Schulden auf 7 Milliarden Franken angewachsen.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Speaking notes von Nationalrat Peter Spuhler(SVP/TG)

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees vom 16. August 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Mit der Arbeitslosenversicherung (ALV) steckt ein weiteres Sozialwerk in der Schuldenfalle. Es hat bereits über CHF 7 Mrd. Schulden angehäuft und kein Ende ist absehbar. Damit müssen wir nicht nur für die AHV, IV, EO und Krankenversicherung tiefer in die Tasche greifen sondern auch für die Arbeitslosenversicherung. Die Soziallastquote (Quotient aus Sozialversicherungseinnahmen und BIP), die sich zwischen 1970 und 2008 von rund 14% auf 27% praktisch verdoppelt hat, steigt weiter an.

Um einen noch stärkeren Anstieg des Schuldenbergs zu verhindern, haben die bürgerlichen Parteien ein ausgewogenes Sanierungspaket geschnürt, das sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite ansetzt. Wird diese Revision abgelehnt, ist der Bundesrat gesetzlich verpflichtet, die die Lohnabzüge zu erhöhen, um die ALV zu sanieren, denn die ALV-Schulden dürfen nicht über 2,5% der versicherten Lohnsumme liegen (entspricht ca. CHF 6 Mia.).

Ziel der Revision ist es:

- Höhere Lohnabzüge zu stoppen und die Kaufkraft der Bürger nicht weiter zu schwächen.
- Höhere Arbeitgeberbeiträge zu verhindern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht weiter zu untergraben.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

- den ALV-Schuldenberg abzutragen, um diesen nicht unseren Kindern zu vererben.
- Fehlanreize abzubauen.
- Missbräuche einen Riegel zu schieben.

Arbeitsplätze schaffen statt ALV ausbauen

Um diese Ziele zu erreichen, sollen auf der Einnahmeseite die Beiträge um 0,2% von 2,0% auf 2,2% erhöht werden. Dazu kommt ein Solidaritätsbeitrag von 1% bei den höheren Löhnen (CHF 126'000 bis 315'000), was einen sozialen Ausgleich gewährleistet. Damit verlieren die Arbeitnehmer ein Stück Kaufkraft und die Unternehmen ein Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Sagen wir „nein“ zur Revision, sind die Nachteile aber noch viel grösser: Dann wird der Bundesrat die Lohnabzüge sogar um 0,5% auf 2,5% erhöhen. Das wäre in der aktuellen wirtschaftlichen Lage unverantwortlich. Viele Unternehmen und damit Arbeitsplätze würden gefährdet. Die Exportwirtschaft leidet heute schon unter dem starken Franken und kann ihre Stellung am Markt nur mit Mühe gegenüber der billigeren Konkurrenz halten. Die Margen sind bereits weggeschmolzen. Mit den höheren Abgaben für die ALV steigen die Produktionskosten weiter an und untergraben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zusätzlich, was letztlich die Arbeitsplätze gefährdet. Gleichzeitig haben die Arbeitnehmer weniger Geld im Portemonnaie. Sie können weniger konsumieren, was den Wirtschaftsmotor zusätzlich ins Stottern bringt.

Kurzum: Lehnen wir die Revision ab, sägen wir auf dem Ast auf dem wir sitzen.

Die Arbeitslosigkeit bekämpft man am Besten, indem man sicherstellt, dass Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen und nicht indem man die ALV ausbaut. Letzteres führt nur zu Fehlanreizen und Passivität, ganz nach dem Motto „Staat löse meine Probleme“. Eine Sanierung der ALV rein durch eine Erhöhung der Einnahmen ist keine Option. Kommt dazu, dass die Schweizer ALV im internationalen Vergleich sehr gute Leistungen erbringt. Während in der Schweiz das maximale Taggeld CHF 8'400 beträgt, wird in Deutschland CHF 5'427 (West) bzw. CHF 4'556 (Ost), in Dänemark CHF 2'900 und Österreich CHF 3'300 ausbezahlt.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Fehlanreize abbauen

Damit die Lohnabzüge nur um 0,2% erhöht werden müssen, braucht es Reformen bei den Ausgaben. Hier sind dringend Fehlanreize abzubauen und die Eigenverantwortung zu stärken.

Wichtigste Massnahme ist die Anpassung der Bezugsdauer an die Beitragsdauer. Nur wer mindestens 1,5 Jahre einbezahlt hat, soll auch für dieselbe Dauer Arbeitslosengeld (400 Taggelder) erhalten. Das ist nur logisch. Wer noch nicht oder nur wenig einbezahlt hat, erhält entsprechend weniger.

Zudem wird die maximale Bezugsdauer für folgende Gruppen gekürzt:

- Junge Menschen ohne familiäre Verpflichtungen. Sie sollen nicht wie bisher 400 Tage stempeln können wie ein Familienvater. Von ihnen kann mehr Flexibilität erwartet werden. Sie können und sollen eine Arbeit annehmen, die nicht von Beginn weg dem Traumjob entspricht. Nicht der Traumjob ist für diese Personen wichtig, sondern dass sie ihr Berufsleben nicht mit einer langen Arbeitslosigkeit beginnen. Auch wird verhindert, dass die Arbeitslosenkasse die Zeit zwischen Ausbildungsabschluss und zum Beispiel dem Militärdienst finanziert und die ALV entsprechend missbraucht wird.
- Wiedereinsteiger nach einer Aus-/Weiterbildung oder Mutterschaft. Mit der Kürzung der Bezugsdauer wird sichergestellt, dass nur Arbeitslosengeld bezieht, wer ernsthaft gewillt ist, wieder zu arbeiten.

In Zukunft wird es auch nicht mehr möglich sein, zwischen Beschäftigungsprogrammen und Arbeitslosigkeit hin und her zu pendeln. Im Vordergrund steht die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.



Höhere **Lohnabzüge**
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Eine gesunde ALV ist ein wichtiger Stabilisator

Die letzte Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig die ALV ist. Sie stabilisiert die Wirtschaft in einer Krise und trägt dazu bei, dass der private Konsum nicht einbricht. Dank der Anpassung der Kurzarbeitsentschädigung von 12 auf 18 bzw. 24 Monate konnte auch rasch und flexibel auf den wirtschaftlichen Einbruch reagiert werden. Allerdings kann die ALV diese wichtige Funktion nur erfüllen, wenn sie finanziell auf gesunden Füßen steht und die aufgelaufenen Schulden von CHF 7 Mia. abgebaut werden.

Die vorgeschlagene Revision sieht eine gerechte Lastenverteilung vor: Einerseits werden Einnahmen erhöht und andererseits werden die Ausgaben reduziert indem die Bezugsdauer an die Beitragsdauer angepasst, weitere Fehlanreize abgeschafft und Löcher, die zu Missbrauch führen, gestopft werden.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Speaking notes de Conseiller national Charles Favre
(PLR/VD)

Conférence de presse du comité interpartis du 16 août 2010

Le texte prononcé fait foi.

Une assurance-chômage endettée ne peut remplir son rôle.

L'assurance-chômage est structurellement déficitaire. Ce n'est pas acceptable pour une assurance sociale.

En prévoyant 100'000 chômeurs, un taux de cotisation de 2% et des prestations telles que nous les connaissons aujourd'hui, la 3^{ième} révision de la LACI s'est montrée trop optimiste. Il en résulte un déficit annuel de 1 Mia.; soit une dette de plus de 7 Mia. aujourd'hui.

Ce fait est inacceptable pour une assurance sociale qui doit être pérenne et garantir ses prestations. Cette garantie de pérennité fait partie des conditions cadre, atout de notre économie.

En cas de crise économique le parlement peut être amené à prendre des mesures conjoncturelles pour lutter contre le chômage (ce qu'il a fait en 2008-2009), à travers des modifications légales de durée limitée; c'est là un autre débat.



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Corriger ce déficit oblige à une modification des cotisations et des prestations.

« Remettre l'assurance-chômage sur les rails » signifie, d'une part éviter le déficit annuel, d'autre part rembourser la dette.

Pour ce faire il est impossible de travailler seulement sur l'un des volets de l'assurance (cotisations ou prestations). Ce serait économiquement nocif, socialement insupportable et politiquement impraticable.

En proposant 622 Mio. d'économies et 646 Mio. de recettes nouvelles le projet présenté est équilibré et permet d'atteindre les objectifs financiers fixés : les comptes seront équilibrés et la dette progressivement amortie (en 17 ans !).

La réduction de prestations ne touche pas le cœur de l'assurance-chômage. L'augmentation des cotisations (0,2% pour la cotisation de base, 1% de cotisation de solidarité) diminue certes le pouvoir d'achat, mais modestement.

Un refus du projet conduira à une forte augmentation des cotisations, en particulier celles des employés des classes moyenne et inférieure.

Selon la LACI actuelle le Conseil fédéral devra, en cas de refus du projet, augmenter les cotisations de 0,5 % (projet : 0,2%) et introduire une cotisation de solidarité pour les revenus supérieurs à 126'000.- et inférieurs à 315'000.- (déjà le cas dans le projet).

Ainsi l'augmentation de la cotisation de base sera 2 fois plus élevée que dans le projet soumis au peuple (1,1 Mia. au lieu de 460 Mio.) alors qu'il n'y aura pas de différence en ce qui concerne la cotisation de solidarité.

Un refus du projet coûtera donc 700 Mio.-. Facture essentiellement payées par les entreprises et les employés des classes moyenne et inférieure. Et ceci dès le 1^{er} janvier 2011!



Höhere Lohnabzüge
stoppen

26. Sept.
Sichere Arbeitslosen-
versicherung **Ja**

Une acceptation du projet renforcera l'assurance-chômage.

Une économie saine a besoin de conditions de travail attractives. Parmi celles-ci figure la garantie de bénéficier d'une assurance-chômage crédible, à savoir des prestations correctes, sur lesquelles on puisse compter en cas de nécessité.

La nouvelle LACI, basée sur l'expérience de ces dernières années (prévisions revues à la hausse: 130'000 chômeurs (3,3%) sur un cycle économique), des comptes équilibrés et des prestations bien ciblées offre cette garantie.

C'est la raison pour laquelle nous devons la soutenir le 26 septembre prochain.